

Schwedter Tageblatt

Verkündungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Vierraden

Fernsprecher Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellgeld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigen-Annahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. D. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. D.

Nummer 181

Freitag, den 3. August 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

* Die Untersuchungskommission für die Lage bei der Reichsbahn soll bereits im Laufe des Freitags endgültig ernannt werden und ihre Arbeit aufnehmen.

* In Ugram tagte das Parlament der Kroaten, wo scharfe Reden gegen Belgrad gehalten wurden. In der Stupschina wurde die Regierungserklärung abgegeben, in der es heißt, daß man die Verfassung und den Staat unter allen Umständen schützen müsse.

* Der französische Unterrichtsminister Herriot traf in Köln ein. Die Kölner Zeitungen widmeten ihm freundliche Begrüßungsartikel.

* Von der Saarregierung wurde der Vierteljahresbericht veröffentlicht, in dessen Mittelpunkt ein Notenwechsel wegen der Unterstützung der Saararbeiter durch die deutsche Regierung steht.

* Der französische Flieger Courtney, der zum Ozeanflug gestartet war, mußte mitten auf dem Ozean landen. Auf seine Silbersee eilte der deutsche Dampfer „Columbus“ herbei.

* Die Pariser Presse bringt Nachrichten, wonach bei der Pariser Zusammenkunft der Außenminister das neue Seeabrüstungsabkommen besprochen und eine Seeabrüstungskonferenz vereinbart werden soll.

Reichsregierung und Saargebiet.

Betreuungsaktion für die saarländische Arbeiterschaft vor dem Völkerbund.

Das Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlichte den üblichen Vierteljahresbericht der Saarregierung, dem diesmal besonderes Interesse zukommt. Die Saarregierung gibt in diesem Bericht einen Notenwechsel zwischen ihr und der Reichsregierung bekannt, der die Betreuungsaktion der Reichsregierung für die saarländische Arbeiterschaft betrifft. Der Bericht enthält zunächst den Wortlaut der Verbalnote der Saarregierung, die auf die Verteilung von größeren Summen im Saargebiet durch die Reichsregierung hinweist.

Der Bericht der Saarregierung veröffentlicht anschließend eine Note des Auswärtigen Amtes vom 4. Mai 1928, in der folgendes erklärt wird: Die deutsche Regierung habe sich verpflichtet gesehen, während des Sturzes des französischen Franken denjenigen Arbeitern eine gewisse Hilfe zu gewähren, die im deutschen Gebiet an der saarländischen Grenze wohnten, jedoch im Saargebiet arbeiteten. Die Gewerkschaften des Saargebietes seien durch Vermittlung der Berliner Gewerkschaftsverbände vorstellig geworden und hätten die Reichsregierung um Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft im Saargebiet ersucht. Darauf habe die deutsche Regierung im Mai 1927 eine einmältige größere Summe der gesamten Arbeiterschaft des Saargebietes zur Verfügung gestellt und gleichzeitig die Hilfsmassnahmen für die Saargänger aufgehoben. Es sei keineswegs ihre Absicht gewesen, sich irgendwie in die Angelegenheiten der Saarregierung zu mischen. Zu diesem Notenwechsel erklärt die Saarregierung, sie betrachte die Verteilung von Geldern als anormalen Tatbestand, der durch die von der deutschen Regierung in ihrer Note erwähnten Umstände nicht gerechtfertigt werden könne.

Im Anschluß an diese Erklärung veröffentlicht der Bericht eine besondere Erklärung des saarländischen Mitgliedes der Saarregierung, Rothmann, der erklärt, daß die Hilfsmassnahmen keineswegs im Gegensatz zu der durch den Friedensvertrag im Saargebiet geschaffenen Lage gestanden hätten. Dieser Bericht dürfte aller Voraussicht nach auf der kommenden Ratstagung eingehend zur Sprache gelangen.

Kellogg reist am 10. August.

Zur Unterzeichnung des Paktes.

Staatssekretär Kellogg kündigt nach Berichten aus Washington an, daß er am 10. August an Bord des Dampfers „Isle de France“ nach Frankreich abreisen werde, um in Paris der Unterzeichnung des Kriegsverzicht-Vertrages beizuwohnen. Kellogg hat vorläufig die Rückkehr für den 4. September an Bord der „Devathan“ vorgesehen.

In Washington, Tokio und Rom bekanntgegeben.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ bestätigt, daß die britischen diplomatischen Vertreter in Washington, Rom und Tokio den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, den Inhalt des englisch-französischen Flottenabkommens bekanntgegeben haben.

Tonnageerhöhung für Unterseeboote und Kreuzer.

Obwohl Einzelheiten des Kompromisses in Washington noch nicht bekannt sind, verlautet, daß es eine wandlungsfähige Grundlage für die Tonnagebegrenzung vorliegt, die Frankreich auch eine Vermehrung seiner U-Boot-Tonnage erlauben soll. Dagegen soll

Frankreich nicht gestattet sein, die vereinbarte Tonnage für Hilfschiffe für den Bau von Unterseebooten auszuwerten. Großbritannien auf der anderen Seite soll eine Erhöhung seiner Tonnage in Kreuzern und Zerstörern zugestanden worden sein.

2 Millionen Dollar Freigabe-Gelder.

Amerikas Rückzahlung an den Norddeutschen Lloyd.

Wie man erfährt, erwartet der Norddeutsche Lloyd vom Allied Property Custodian in der nächsten Zeit einen Teilbetrag seines Freigabeguthabens. Es dürfte sich um eine Summe von etwa 2 Millionen Dollar handeln.

Diese Zahlung aus den Depotgeldern der feindlichen Vermögensverwaltung kommt auf die Entschädigung für die Hobokenpiers des Lloyd zur Verrechnung. Die Ansprüche aus der Schiffsenteignung werden zur Zeit vom Schiedsrichter Pariser behandelt. Ihre Erledigung ist vorläufig aber noch nicht abzusehen.

Reichsbahn-Untersuchung beginnt.

Eine Kommission an der Unglücksstelle.

Die Untersuchungskommission für die Zustände bei der Reichsbahn, deren Einsetzung von Dr. Dörpmüller, v. Guérard und den Parlamentariern beschlossen worden war, soll bereits im Laufe des heutigen Tages ernannt werden, und ihre Arbeit aufnehmen. Wie versichert wird, soll die Untersuchung mit größter Strenge durchgeführt werden.

In der Unglücksstätte in Dintelscherden hat eine Berliner Untersuchungskommission im Laufe des gestrigen Tages zahlreiche Vernehmungen vorgenommen. Es wurde festgestellt, daß der betreffende Weichensteller bereits einen zwölfstündigen Dienst hinter sich hatte, als das Unglück erfolgte.

Es steht jetzt endgültig fest, daß die Katastrophe 16 Todesopfer forderte. 50-60 wurden verletzt, von diesen schweben 10 in Lebensgefahr.

Die Staats-Krise in Südslawien.

Kroaten-Parlament gegen die Stupschina.

Nach Meldungen aus Ugram wurde im Sitzungssaal des ehemaligen kroatischen Landtages die Volksversammlung der bürgerlich-demokratischen Koalition unter Vorsitz des Abgeordneten Pribitičewitsch eröffnet. Die öffentlichen Gebäude Ugrams hatten Fahnen gehißt; die Geschäfte waren geschlossen. Auf dem Marktplatz brachte eine große Menschenmenge den zum Sitzungssaal gehenden Abgeordneten stürmische Ovationen dar. Ein Teil der Sitzung war öffentlich, der Schluß der Sitzung geheim. Pribitičewitsch gab einen ausführlichen Bericht über die Ereignisse in der Stupschina am 20. Juni und über die politische Lage.

In einem von der Versammlung gefaßten Beschluß wird betont, daß das in Belgrad tagende Kämpfparlament nicht ermächtigt sei, Beschlüsse für das ganze Land zu fassen. Alle Beschlüsse und besonders solche, welche dem Volke finanzielle Verpflichtungen auferlegen, seien als nichtig zu betrachten, und speziell das kroatische Volk brauche sich nicht den Beschlüssen zu fügen. Die Versammlung erklärte, daß sie den Kampf für die volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger entschlossen führen werde.

Weitere Beschlüsse in dieser Angelegenheit sollen in einer Sitzung gefaßt werden, die stattfinden soll, wenn Raditsch genesen ist. In einem weiteren Beschluß der Versammlung werden alle politischen Parteien in den neuen Provinzen Jugoslawiens aufgefordert, sich dem Kampf für die Gleichberechtigung aller Staatsbürger anzuschließen. Von dem bürgerlichen Volk in Serbien wird erwartet, daß es durch seine Haltung den Sieg jener Prinzipien ermöglichen werde, die einzig und allein die Staatseinheit retten können.

Nach einer am Vortage stattgefundenen Trauerkundgebung in der Stupschina verließ der neue Ministerpräsident Korosetsch am Donnerstag die Regierungserklärung, die sich ausführlich mit dem Attentat in dem Parlament befaßte. Er hoffe, daß die wegen des Vorfalls ausgeschiedenen Abgeordneten wieder zurückkehren würden.

Die Stupschina allein sei das einzige Forum zur Lösung aller Fragen, die den Staat betreffen, Bedauerlich werde es, wenn sich Parteien und Persönlichkeiten finden würden, die das traurige Ereignis ausnutzen wollten,

um die Volksmassen zu Schritten gegen die Verfassung zu verleiten. Die Regierung wäre dann verpflichtet, der Verfassung und dem Geiste Achtung zu verschaffen.

Die Lage für die Regierung ist in der Tat angesichts der Beschlüsse in Ugram sehr schwierig. Unzweifelhaft wird es zu einem blutigen Bruderkampf kommen, wenn man versuchen sollte, das Parlament in Ugram mit Waffengewalt auseinander zu treiben. Andererseits will man in Belgrad die Berechtigung für dieses Parlament nicht einsehen. Der einzige Ausweg wäre das Zugeständnis einer gewissen Selbständigkeit für Kroaten im Rahmen des jugoslawischen Reiches.

Politische Rundschau.

Herriot in Köln.

Köln, 2. August. Der französische Unterrichtsminister Herriot traf in Köln ein. Mit ihm kamen noch etwa 20 französische Verlagsdirektoren und Chefredakteure aus Paris an. Herriot wurde auf dem Bahnhofsplatz von Vertretern der Stadt und der „Presse“ begrüßt. Dann besagten sich die Herren zum „Presse“-Turm, wo ein Abendessen stattfand.

Brotkarten in Rußland.

Rowno, 2. August. Wie aus Omsk gemeldet wird, sind dort mit dem Verbrauch der Getreidevorräte aus dem vorigen Jahre wieder Brotkarten eingeführt worden, die den Brotverbrauch bis zur neuen Ernte regeln sollen. Es ist die Zusicherung gemacht worden, daß die Brotkarten mit der neuen Ernte wieder aufgehoben werden sollen.

Ozeanflieger Courtney treibt auf dem Ozean.

Notlandung oder Unglücksfall.

Der englische Ozeanflieger Courtney, der am Mittwoch nachmittag von den Azoren zum Ozeanflug nach Amerika gestartet war, mußte 500 Meilen westlich von den Azoren, also mitten auf dem Ozean, mit seinem Dornier-Wal-Flugboot niedergehen. Er sandte S.O.S.-Rufe aus, die von dem deutschen Dampfer „Columbus“ aufgefangen wurden. Der „Columbus“ hat seinen Kurs geändert und steuert auf die Landungsstelle zu.

Es ist bis jetzt noch nicht festgestellt, ob es sich um eine Notlandung oder um einen Unglücksfall handelt. Courtney markierte seit dem 28. Juni auf gutes Startwetter. Im Bord befinden sich noch drei Passagiere.

Unglücksfälle in aller Welt.

31 Personen bei einer Feuersbrunst umgelommen

Das Dorf Conturella in Süditalien wurde durch eine Feuersbrunst schwer heimgesucht. Etwa hundert Häuser sind völlig niedergebrannt und mehrere hundert Personen obdachlos. Soweit bisher festgestellt, sind 31 Personen in den Flammen umgelommen. Die Zahl der Verletzten ist sehr groß.

Den Feuerwehren aus den umliegenden Ortschaften gelang es nach mehrstündiger Tätigkeit, ein weiteres Umsichgreifen des Feuers zu verhindern. Das Feuer ist, wie man vermutet, durch Selbstentzündung infolge der gegenwärtigen Hitze entstanden.

Taisunverheerungen in Japan.

Die Umgebung von Tokio ist in den letzten drei Tagen von einem schweren Taisun heimgesucht worden, durch den zahlreiche Brücken weggerissen wurden und mehrere Tunnel einstürzten. Der Schaden beläuft sich nach den bisherigen Schätzungen auf etwa 40 Millionen Mark. Mehr als 20 Personen sollen nach den bisherigen Schätzungen ihr Leben verloren haben. In Tokio stehen etwa 1000 Häuser unter Wasser.

Eisenbahnunfall im Mainzer Hauptbahnhof.

Im Mainzer Hauptbahnhof fuhr ein Triebwagen, von Wiesbaden-Biebrich kommend, aus noch nicht festgestellter Ursache auf einen Pfeilbock auf. Hierbei wurden 12 Reisende leicht verletzt. Eine Frau wurde nach ärztlicher Anordnung dem Krankenhause zugeführt. Der Materialschaden ist gering. Der Betrieb erleidet keine Störung.

Die Katastrophe im Amurgebiet.

Zahlreiche Fabriken unter Wasser.

Wie aus Mostau gemeldet wird, dehnt sich die Ueberschwemmung im Amurgebiet weiter aus. Auch die Nebenflüsse des Amur, Bira und Gorun sind aus ihren

